

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Lee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 20. November 1885.

№ 107.

Eröffnungsrede.

Der Reichstag ist am Donnerstag von dem Staatssecretär des Innern, Staatsminister von Bötticher, mit folgender Rede eröffnet worden:

„Gehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser hat mir den Auftrag zu ertheilen geruht, Sie in Seinem und der Verbündeten Regierungen Namen beim Wiederbeginn Ihrer Arbeiten zu begrüßen.

Der Entwurf zum Reichshaushaltsetat wird Ihnen alsbald zugehen. Die Sorge für die Sicherheit des Reichs und für die Befestigung und Entwicklung seiner Einrichtungen veranlaßt die verbündeten Regierungen auf dem Gebiete des Heerwesens, der Kriegsmarine und der Fürsorge für bisher unversorgte Invalide Beider eine Erhöhung der bisherigen Leistungen bei Ihnen in Antrag zu bringen. In den erheblich gesteigerten Ueberweisungen aus den finanziellen Ergebnissen unseres verbesserten Zolltarifs und des Gesetzes über die Reichsstempelabgaben werden die Bundesstaaten die Mittel zur Deckung ihrer Mehrleistungen an das Reich finden. In Folge der Nothwendigkeit, die vom Reich gewährten Mittel wiederum zu den Zwecken des Reichs zu verwenden, bleiben aber eigene Bedürfnisse der Bundesstaaten unbefriedigt, und es liegt dem Reich die Aufgabe ob, auf dem nur ihm zugänglichen Gebiete der indirecten Verbrauchsbesteuerung weitere Einnahmequellen zu eröffnen. Demgemäß ist die baldige Einbringung eines Gesetzes zur Reform der Zuckerbesteuerung in Aussicht genommen, da die Schwierigkeiten, welche während der letzten Session dieser als dringlich erkannten Reform mit Rücksicht auf die Lage der beteiligten Industrie und Landwirthschaft entgegenstanden, nicht mehr in derselben Stärke vorliegen und durch eine Verzögerung der Reform eher wieder verschärft werden könnten. Auch in Betreff der Branntweinsteuer sind zu gleichem Zweck Vorlagen in Vorbereitung, über welche zunächst die Verständigung unter den verbündeten Regierungen herzustellen ist.

In Uebereinstimmung mit den wiederholt und feierlich kundgegebenen Absichten Seiner Majestät des Kaisers rechnen die verbündeten Regierungen auch diesmal auf Ihre Mitwirkung für die schrittweise Weiterführung des in Angriff genommenen socialen Reformwerks. Dank dem verständnißvollen Entgegenkommen der beteiligten Kreise ist es möglich gewesen, das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 und zum Theil auch die Novelle vom 28. Mai d. J. nach Abschluß der organisatorischen Vorarbeiten bereits am 1. Oktober d. J. in Wirksamkeit treten zu lassen. In planmäßiger Verfolgung des beschrittenen Weges wird Ihnen der in der vorigen Session unerledigt gebliebene Entwurf eines Gesetzes über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Arbeiter der Land- und Forstwirthschaft mit einigen Aenderungen wieder vorgelegt werden, durch welche einer Anzahl von Vorschlägen Ihrer zur Vorberathung des Entwurfs gewählten Commission Rechnung getragen wird.

Schon bei der Berathung des Unfallversicherungsgesetzes wurde die Nothwendigkeit hervorgehoben, auch die Unfallfürsorge für die Beamten und für Personen des Soldatenstandes entsprechend zu regeln. Es wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher dieser Aufgabe, soweit die Reichsgesetzgebung sie zu lösen hat, gerecht zu werden bestimmt ist.

Die von fünf zu fünf Jahren gesetzlich vorgesehene Revision des Servistarifs und der Klasseneintheilung der Orte ist der Gegenstand eingehender Vorberathungen gewesen. Ueber das Ergebnis derselben wird Ihnen eine entsprechende Vorlage gemacht werden.

Im Interesse der wirksamen Bertheidigung der deutschen Küsten durch unsere Marine ist die Herstellung eines Schifffahrtskanals von der Elbmündung nach der Kieler Bucht in Aussicht genommen, ein Unternehmen, welches zugleich wichtigen wirthschaftlichen Interessen dienen wird. Das zur Verwirklichung des Plans erforderliche Reichsgesetz wird Ihrer verfassungsmäßigen Beschlussfassung unterliegen.

Die Rechtspflege in den unter den Schutz des Reichs gestellten überseeischen Gebieten bedarf der Regelung, behufs deren Ihnen die erforderliche Vorlage gemacht werden wird.

Ueber die Ausdehnung, in welcher deutsche Unternehmungen und Erwerbungen in fremden Welttheilen ferner in den unmittelbaren Schutz und unter die Aufsicht des Reichs zu nehmen sein werden, sind Verhandlungen mit den Regierungen von England, Spanien, Frankreich, Portugal und mit dem Sultan von Sansibar gepflogen worden, deren Ergebnisse Ihnen auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers mitgetheilt werden sollen, sobald sie feststehen. Letzteres ist England gegenüber im Wesentlichen schon jetzt der Fall, und die Verhandlungen mit Spanien lassen, in Folge der Vermittelung Seiner Heiligkeit des Papstes, die den freundschaftlichen Beziehungen beider Länder entsprechende vergleichsweise Beilegung ihrer Meinungsverschiedenheiten über die Priorität der Besitzergreifung der Carolinen-Inseln in Kurzem erwarten.

Das Deutsche Reich erfreut sich friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen auswärtigen Regierungen. Seine Majestät der Kaiser hegt die zuversichtliche Hoffnung, daß die Kämpfe der Balkanstaaten untereinander den Frieden der europäischen Mächte nicht stören werden, und daß es den Mächten, welche den, für Jede von ihnen gleich werthvollen, Frieden Europas vor sieben Jahren durch ihre Verträge besiegelt haben, auch gelingen werde, diesen Verträgen die Achtung der durch sie zur Selbständigkeit berufenen Volksstämme im Balkangebiete zu sichern. Seine Majestät der Kaiser ist von dem Vertrauen befeelt, daß Gottes Segen den bisher erfolgreichen Bestrebungen unserer Politik zur Erhaltung des europäischen Friedens auch in Zukunft nicht fehlen werde.“

Die Eröffnungsrede,

mit welcher die neue Reichstagsession im Namen des Kaisers durch den Staatssecretair des Innern eingeleitet worden ist, legt in kurzen Zügen die Aufgaben der inneren Politik dar, welche der Reichstag zu lösen berufen ist, und wirft zum Schluß einen Blick auf die auswärtige Lage, deren friedliche Gestaltung die Grundbedingung für eine weitere erspriessliche Entwicklung der inneren Thätigkeit ist. Im Namen des Kaisers wird die zuversichtliche Hoffnung ausgesprochen, daß aus den Kämpfen der Balkanstaaten keine Störung des europäischen Friedens erwachsen und daß den bisher erfolgreichen Bestrebungen der deutschen Politik zur Erhaltung des europäischen Friedens auch in Zukunft Gottes Segen nicht fehlen werde. Diese im Namen des Kaisers gesprochenen Worte werden zweifellos über die Grenzen Deutschlands hinaus ihres beruhigenden Eindrucks nicht verfehlen und das Vertrauen in die Erhaltung des Friedens allenthalben beleben. Für Deutschland aber insbesondere sind diese feierlichen Worte eine Bürgschaft dafür, daß es sich getrost und unbesorgt den Aufgaben seiner inneren Politik zuwenden darf.

In den Darlegungen der Eröffnungsrede über die innere Lage nimmt die erste Stelle die Erörterung über die sich in dem Entwurf des Reichshaushaltsetats ausprägende Finanzlage ein. An der Spitze dieser Betrachtungen ist die Sorge für die Sicherheit des Reichs und für die Befestigung und Entwicklung seiner Einrichtungen gestellt, womit namentlich die Mehrforderungen für das Heerwesen und die Kriegsmarine begründet werden. Daß die zuversichtliche Hoffnung auf Erhaltung des Friedens, wie sie zum Schluß der Rede ausgesprochen ist, diese Sorge nicht überflüssig macht, bedarf keiner Erwähnung. Der Erfolg der deutschen Friedenspolitik beruht zum großen Theile mit auf der bisher bethätigten Fürsorge für die Sicherheit des Reichs wie auf den Anstrengungen, die wirthschaftliche Kraft der Nation zu heben und sie zu einem auf allen Gebieten angesehenen und unabhängigen Staatswesen zu machen. Die jetzigen Mehrforderungen entsprechen ebenso den neuen erkennbar gewordenen dringenden Bedürfnissen, wie es das angekündigte Project des Baues eines Nordostsee-Canals thut. Hier gilt es, die wohlverstandenen Interessen des Reichs zu wahren und nichts zu unterlassen, was sich für die Stellung und Entwicklung des Reichs nach dem Urtheile Sachverständiger als nothwendig erweist. Für die Deckung der Mehrforderungen im Etat sind Dank der bisherigen Thätigkeit des Reichstags aus den Mehrerträgen der Zölle und der Reichsstempelabgaben die Mittel vorhanden. Freilich bleiben dabei die Bedürfnisse der Einzelstaaten unbefriedigt. Aber die Rede läßt diese nicht unbeachtet, und weist zur Befriedigung dieser Bedürfnisse auf die Nothwendigkeit der Erschließung neuer Einnahmequellen hin, als welche die Reform der Zuckersteuer und der Branntweinsteuer bezeichnet werden. Es wird damit die Fortsetzung der Finanzreform angekündigt, deren bisherige Erfolge ebenso wie die Bedürfnisse der Bundesstaaten entschieden dazu mahnen, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben.

Der Socialreform gedenkt die Eröffnungsrede im Hinblick auf das bisher erreichte Ziel der Unfallversicherung für die industriellen, baugewerblichen und einen Theil der im Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter mit Befriedigung, indem sie zugleich die Fortsetzung des begonnenen Werkes durch die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und auf die Beamten und Personen des Soldatenstandes in Aussicht stellt.

Aus der Eröffnungsrede erfahren wir ferner, daß die Regierung sich mit anderen Mächten wegen weiterer Ausdehnung colonialer Erwerbungen in Verbindung gesetzt hat, worüber dem Reichstage später Mittheilungen gemacht werden sollen. Man wird, wenn man diese Stelle der Eröffnungsrede mit den Worten der vorjährigen Thronrede vergleicht, in denen zum ersten Mal der colonialpolitischen Bestrebungen gedacht wurde, darin ein Zeichen des guten, sicheren und planmäßigen Fortgangs der Colonialpolitik, wie auch des ernstlichen Willens erblicken dürfen, das einmal in's Auge gefaßte Ziel unbeirrt weiter zu verfolgen. Auch der angekündigte Entwurf wegen Regelung der Rechtspflege in den Schutzgebieten legt hiervon Zeugniß ab. Wenn die Verwickelungen mit Spanien wegen der Carolinen-

frage hier und da gegen diese Politik ausgebeutet wurden, so wird die ruhige Erwähnung des Streitpunkts in der Eröffnungsrede in Verbindung mit der Ankündigung einer in Kurzem zu erwartenden, durch Vermittelung des Papstes erfolgenden vergleichsweisen Beilegung der Meinungsverschiedenheiten die anticolonialpolitischen Heißsporne gewiß abzukühlen im Stande sein.

So weit die Eröffnungsrede. Der Reichstag wird nun zu zeigen haben, ob der Geist des Friedens und zielbewußter Staatspolitik, wie er sich in dieser Rede bekundet, auch ihn beherrscht. Die Politik der nationalen Interessen ist in sich zu fest begründet, als daß man glauben könnte, dieselbe werde von der Vertretung der deutschen Nation nicht voll und ganz gewürdigt werden.

Ein neuer Angriff auf die Colonialpolitik.

Zu den dem Reiche aus der Colonialpolitik erwachsenen Verpflichtungen gehört auch die Sorge für die Einrichtung und Ausübung einer geordneten Rechtspflege in den unter den Schutz des Kaisers gestellten Schutzgebieten. Eine hierauf bezügliche Vorlage ist dem Bundesrath unterbreitet worden und wird auch den Reichstag beschäftigen. Dieselbe bestimmt, daß die Ausübung der Gerichtsbarkeit in den Schutzgebieten, sowie die Mitwirkung der deutschen Behörden bei der Ausübung dieser Gerichtsbarkeit und die hierbei zur Anwendung kommenden Vorschriften des bürgerlichen Rechts und des Strafrechts durch Kaiserliche Verordnung geregelt und daß die betreffenden Verordnungen dem Bundesrath und dem Reichstag sofort oder bei deren nächstem Zusammentreten zur Kenntnißnahme vorgelegt werden sollen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß auf diesem Gebiete dem Verordnungsrecht ein größerer Spielraum gelassen werden muß. Einmal sind die noch wenig entwickelten Zustände in den Colonien noch ziemlich unbekannt, sodann ist die Verschiedenheit der jeweiligen praktischen Bedürfnisse in Westafrika wie in Neu-Guinea zu berücksichtigen, ferner wird es vermuthlich je nach Lage der hervorgetretenen Bedürfnisse auf schnelle Entscheidungen ankommen, und schließlich wird es sich um eine verschiedene Behandlung der Eingeborenen und der eingewanderten Europäer handeln, — kurz die Regelung der Jurisdictionsverhältnisse im Einzelnen und die allmähliche Ausgestaltung derselben wird sich nur an der Hand der praktischen Erfahrung vornehmen lassen. Aus allen diesen Gründen würde eine legislative Mitwirkung des Reichstags, wie des Bundesraths im Einzelnen zu den größten Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten führen, welche nur der Entwicklung der Rechtspflege in den Colonien hinderlich sein würden. Auch in den übrigen europäischen Staaten mit Colonialbesitz (Großbritannien, Frankreich, Portugal, Spanien, Dänemark) hat die Rechtsweltung ihren Anfang durch Beschreitung des Verordnungsweges genommen.

Der vorgeschlagene Weg der Einführung der Rechtspflege in den deutschen Schutzgebieten ist so einfacher und selbstverständlicher Art, daß man getrost behaupten kann, jeder andere Weg würde geradezu widersinnig sein. Aber selbst vor dem Widersinnigen schreckt das engherzige Parteiinteresse der Opposition nicht zurück. Die freisinnige und ultramontane Presse hat es verstanden, zur Bekämpfung des Entwurfs spitzfindige Gründe bei den Haaren herbeizuziehen, die eine, indem sie constitutionelle Bedenken erhebt, die andere, indem sie particularistische Interessen dagegen ausspielt. Die freisinnige Presse verlangt eine materielle Mitwirkung des Reichstags insofern, als ihm die die Rechtspflege betreffenden Verordnungen nachträglich zur Genehmigung (statt nur zur Kenntnißnahme) vorgelegt werden sollen, die ultramontane Presse verlangt Mitwirkung des Bundesraths, weil ohne eine solche die Kaiserliche Gewalt auf Kosten der Rechte der Bundesstaaten erweitert würde.

Es verlohnt sich nicht, die Einwendungen sachlich zu widerlegen, weil sie ihre Begründung nicht in der Natur der Sache, sondern in den Bedürfnissen der Opposition finden. Es verbirgt sich darunter nur die prinzipielle Gegnerschaft gegen die Colonialpolitik überhaupt, welche die Parteien von Beginn an bekundet haben und die sie nur von Fall zu Fall unter dem Druck der Begeisterung der Nation hatten in den Hintergrund treten lassen.

Der Versuch soll jetzt erneuert werden, aber wir vertrauen, daß er auch in seinem neuen Gewande, dem der constitutionellen und föderativen Interessen, an dem gesunden Sinn der Nation scheitern werde.

Jahresbericht der Fabrik-Inspectoren für 1884.

Das Institut der Fabrikinspectoren hat sich in den sieben Jahren seines Bestehens so allgemeine Anerkennung erworben, daß jede Gegnerschaft verstummt ist und alle Parteien über seine Nützlichkeit einig sind. Ganz besonders muß hierbei hervorgehoben werden, daß sich die socialdemokratische Partei von dieser Anerkennung nicht ausschließt und sowohl eine Vermehrung der Zahl der Aufsichtsbeamten als auch eine Ausdehnung ihrer Befugnisse befürwortet, was ohne ein gewisses Vertrauen in die bisherige Thätigkeit der Fabrik-Inspectoren nicht möglich wäre. Die Berichte, welche sie jährlich erstatten, sind zu einer ergiebigen Fundgrube zur Ermittlung der wirtschaftlichen Zustände der Industrie und namentlich der Arbeiter geworden.

Während die Berichte der Handelskammern in erster Reihe die Lage der Unternehmer, die Entwicklung des Geschäfts, störende und fördernde Umstände für die Ausdehnung der Production in den verschiedenen Geschäftszweigen berücksichtigen, werden die Fabrik-Inspectoren durch ihre Stellung als Vermittler zwischen den Interessen der Industrie und der Arbeitnehmer und als Hüter der gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeiterschutz darauf hingewiesen, in dem Bilde, welches ihre Berichte geben, die Arbeiterwelt nach dem Antheil der Geschlechter und der jugendlichen Personen, nach ihren Lohnverhältnissen und nach den Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit im Vordergrund erscheinen zu lassen.

Kürzlich sind nun die amtlichen Mittheilungen aus den Jahresberichten der mit Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten für 1884 erschienen. Schon aus den im Laufe des Sommers veröffentlichten Jahresberichten der Handelskammer ging hervor, daß während des Jahres 1884 die Zahl der Unternehmungen gestiegen ist, die Production fast in allen Zweigen, bis auf die Zucker- und Eisen-Industrie, sich vermehrt hat, der Unternehmergewinn aber gefallen und die Beobachtung nicht abzuweisen war, daß wir in das Zeichen der Ueberproduction für viele Industriezweige eingetreten sind. Die Arbeitsgelegenheit hatte sich vermehrt, ohne daß der Lohn gefallen wäre. Die Jahresberichte der Fabrik-Inspectoren stimmen hiermit im Wesentlichen vollständig überein.

Stellen wir hier die Zahlen für verschiedene der wichtigsten Aufsichtsbezirke aus dem Königreich Preußen zusammen:

Die Gesamtzahl der in Fabriken beschäftigten Arbeiter betrug:

in den Bezirken	1883	1884
Berlin nebst Umgegend	99 319	111 005
Provinz Posen	30 709	30 917
Breslau und Sienitz (nur männliche)	113 668	123 450
Merseburg und Erfurt	64 753	66 514
Düsseldorf	132 777	134 799
Coblenz	13 080	15 399
Nachen	44 686	45 887

In einzelnen Fällen mag die höhere Zahl für 1884 mit auf eine genauere Zählung zurückzuführen sein. Aber im Ganzen gab es in dem für die Unternehmer wenig Gewinn bringenden Jahr mehr Arbeitsgelegenheit bei nicht unverminderten Löhnen als in dem vorangegangenen. Zieht man vollends die Zahl der beschäftigten Arbeiter aus dem Jahr 1878 heran, so ergibt sich in nicht seltenen Fällen eine Steigerung um 20 bis 30 Procent,*) ein Resultat, welches zwar nicht ausschließlich, aber zum guten Theil auf Rechnung der Wirthschaftsreform zu setzen ist. Daß diese im Stande sei, Krisen zu verhindern, ist nicht be-

*) Der Bezirk Berlin, welcher allerdings als typisch nicht betrachtet werden kann, hatte in den letzten 6 Jahren eine Steigerung der Arbeiterzahl um 48 Procent. Im Bezirke Nachen waren 1880: 38 170, 1884: 45 887, in Coblenz 1880: 13 080, 1884: 15 399 Arbeiter beschäftigt.

hauptet worden; aber ein Blick auf die englische Industrie zeigt, daß dort die Zeichen von Ueberproduction weit bedrohlicher sind, und die englischen Freihändler haben zum Unterschied von unseren einheimischen immer eingesehen, daß die Staaten, die durch Zölle sich schützten, in ihrem eigenen Interesse gehandelt haben.

In dieser und noch manch anderer Beziehung, auf welche noch zurückzukommen sein wird, empfehlen wir den Jahresbericht der Fabrik-Inspectoren zum eifrigen Studium.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Dem Verein zur Beförderung des Taubstummen-Unterrichts zu Nachen ist zur Annahme der ihm von dem verstorbenen Notar a. D. Cornely testamentarisch gemachten Zuwendung im Betrage von 10 000 Mark die landesherrliche Genehmigung erteilt worden.

Im Jahre 1884 wurden insgesammt an Gemeinden von Seiten privater Personen Zuwendungen im Betrage von 1 990 130 M. gemacht, worunter an Geldbeträgen 1 883 096 M. und in Liegenschaften oder Werthobjekten 152 034 M. Diese Zuwendungen betragen im Jahre 1883 = 2 480 178 M. (in Geld 2 294 508 M. und in Liegenschaften zc. 185 670 M.); im Jahre 1882 = 3 446 269 M. (in Geld 3 259 159 M. und in Liegenschaften zc. 187 110 M.); im Jahre 1881 = 3 097 228 M. (in Geld 3 068 308 M., in Liegenschaften zc. 28 920 M.); im Jahre 1880 = 1 989 753 M. (in Geld 1 912 053 M. und in Liegenschaften 77 700 M.). In den fünf Jahren 1880—1884 betragen die Zuwendungen an Gemeinden zusammen 13 003 559 M. (wovon in Geld 12 372 125 M. und in Liegenschaften 631 434 M.).

An bestehende Stiftungen und Vereine wurden im Jahre 1884 Zuwendungen gemacht im Betrage von 1 665 255 M. (wovon in Geld 1 642 155 M. und in Liegenschaften 23 100), in den fünf Jahren 1880—1884 beliefen sich die Zuwendungen an bestehende Stiftungen und Vereine auf 7 534 514 M. (wovon in Geld 6 813 664 M. und in Liegenschaften 720 850 M.).

An neu begründete Stiftungen wurden im Jahre 1884 Zuwendungen im Betrage von 1 348 165 M. (wovon in Geld 1 187 190 M. und in Liegenschaften 160 975 M.) gemacht; in den fünf Jahren 1880—1884 beliefen sich die Zuwendungen an neu begründete Stiftungen auf 7 976 009 M. (wovon in Geld 6 656 791 M. und in Liegenschaften 1 319 218 M.).

Insgesammt wurden im Jahre 1884 an Gemeinden, bestehende und neubegründete Stiftungen (bezw. Vereine) Zuwendungen im Betrag von 5 003 550 M., in den Jahren 1880—1884 im Betrage von 28 514 083 M. gemacht.

Die während der fünf Jahre 1880—1884 gemachten Zuwendungen vertheilen sich auf die einzelnen Provinzen wie folgt:

Ostpreußen erhielt insgesammt 659 196 M. (wovon Gemeinden 178 106 M., bestehende Stiftungen und Vereine 71 537 M., neubegründete Stiftungen 409 553 M.).

Westpreußen erhielt 1 018 259 M. (wovon Gemeinden 411 731 M., bestehende Stiftungen und Vereine 48 528 M., neubegründete Stiftungen 558 000 M.).

Pommern erhielt 1 101 619 M. (darunter Gemeinden 750 937 M., bestehende Stiftungen und Vereine 117 678, neubegründete Stiftungen 233 004 M.).

Die Stadt Berlin erhielt 4 957 803 M. (und zwar Gemeinden 1 436 866 M., bestehende Stiftungen und Vereine 1 125 017 M., neubegründete Stiftungen 2 395 919 M.).

Die Provinz Brandenburg erhielt 1 979 904 M. (und zwar Gemeinden 419 620 M., bestehende Stiftungen und Vereine 1 086 104 M., neubegründete Stiftungen 474 180 M.).

Schlesien erhielt 3 655 234 M. (und zwar Gemeinden 1 381 941 M., bestehende Stiftungen und Vereine 1 408 600 M., neubegründete Stiftungen 864 693 M.).

Die Provinz Posen erhielt 198 671 M. (und zwar Gemeinden 129 000 M., bestehende Stiftungen und Vereine 31 671 M., neubegründete Stiftungen 38 000 M.).

Die Provinz Sachsen 2 423 707 M. (und zwar Gemeinden 1 160 853 M., bestehende Stiftungen und Vereine 325 694 M., neubegründete Stiftungen 937 159 M.).

Schleswig-Holstein 1 193 386 M. (und zwar Gemeinden 199 739 M., bestehende Stiftungen und Vereine 92 179 M., neubegründete Stiftungen 901 467 M.).

Die Provinz Hannover 878 954 M. (und zwar Gemeinden 680 241 M., bestehende Stiftungen und Vereine 41 913 M., neubegründete Stiftungen 156 800 M.).

Westfalen 932 551 M. (und zwar Gemeinden 498 933 M., bestehende Stiftungen und Vereine 134 698 M., neubegründete Stiftungen 298 920 M.).

Hessen-Nassau 4 140 143 *M.* (und zwar Gemeinden 998 407 *M.*, bestehende Stiftungen und Vereine 2 594 921 *M.*, neugegründete Stiftungen 546 815 *M.*).

Die Rheinprovinz 5 374 651 *M.* (und zwar Gemeinden 4 757 184 *M.*, bestehende Stiftungen und Vereine 455 972 *M.*, neugegründete Stiftungen 161 495 *M.*).

Unter den an Gemeinden erfolgten Zuwendungen im Betrage von 13 003 559 *M.* befinden sich 385 491 *M.* für jüdische Gemeinden, so daß den übrigen 12 618 068 *M.* zugefallen sind.

Politische Tagesfragen.

Se. Majestät der Kaiser befindet sich, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, in erfreulich fortschreitender Genesung von dem mit Heiserkeit verbundenen Erkältungszustande. Allerhöchstdieselben hüten zwar noch das Zimmer, nehmen jedoch zahlreiche Vorträge entgegen und erlebigen die Geschäfte der Regierung.

In der Bundesrathssitzung vom 17. November wurde der Reichshaushaltsetat definitiv festgestellt. In demselben wurde eine Reduction der Matricularbeiträge von 24,960,498 auf 21,573,982 *M.* vorgenommen, welche theils durch eine andere Berechnung der Ansätze für die Naturalversorgung des Reichsheeres auf Grund der Octoberpreise, theils durch eine weniger belangreiche Abminderung der einmaligen Ausgaben der Militärverwaltung ermöglicht würde.

Der Reichstag hatte bei der letzten Statsberathung eine Resolution dahingehend gefaßt, daß der Bundesrath eine Revision der in den Motiven zum Kasernierungsplan angeführten Kostenüberschläge auf Grund der billiger gewordenen Preise vornehmen lasse. Auf Beschluß des Bundesraths war die Resolution dem Reichskanzler überwiesen worden, der seinerseits nun dem Bundesrath einen neuen Kostenüberschlag des preußischen Kriegsministers vorgelegt hat. Dieser Kostenüberschlag nimmt darauf Rücksicht, daß es sich gegenüber den größeren Wohngebäuden für ein Bataillon bezw. ein Kavallerieregiment empfiehlt, in Zukunft der Anordnung kleinerer, nur für eine Compagnie bezw. Escadron bestimmter Wohngebäude mit besonderen Deconomie-, Kammergebäuden und solchen für Verheirathete den Vorzug zu geben, wodurch allerdings die Grunderwerbskosten steigen, aber größere Brandschäden vermieden und die sanitären Rücksichten besser gewahrt werden und die wünschenswerthe Trennung der Wohnungen für Verheirathete und der Deconomiegebäude von den Mannschaftsgebäuden ermöglicht ist.

Die Operationen auf dem serbisch-bulgarischen Kriegsschauplatz scheinen für die Serben fortwährend glücklich zu verlaufen. Der linke gegen Widdin vorrückende Flügel hat unter General Deschjanin am 16. einen scheinbar bedeutenden Erfolg über die Bulgaren errungen, welche sich mit Zurücklassung von 2000 Gefangenen, vielen Todten, Proviant und Munition in wilder Flucht auflösten. Die Serben rücken nunmehr auch von Norden auf Sofia vor. Der südlich operirende rechte Flügel hat am 16. die Verschanzungen bei Ern genommen und rückt von Südwesten auf Sophia vor, wo er bereits Bresnik und die Verschanzungen von Isbor genommen hat. Das Centrum bewegte sich unter dem Oberbefehl des Königs nach der Einnahme von Zaribrod und Dragoman nach Slivniza vor, wo nach einer aus bulgarischer Quelle stammenden Nachricht am 17. die Serben zurückgeschlagen und fünf Kilometer weit verfolgt sein sollen. Der Kampf um diese feste Position, welche das letzte bulgarische Bollwerk vor Sofia ist, scheint aber am Tage darauf erneuert worden zu sein. Wie immer auch derselbe ausgefallen sein mag, so wird ein Sieg der Bulgaren hier angesichts des Vorrückens des serbischen rechten und linken Flügels, welche Slivniza vom Süden und Norden her umgehen können, die Lage derselben noch nicht wesentlich verbessern. Eine Entscheidungsschlacht vor den Thoren von Sofia scheint bevorzustehen.

Der neue Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst hat bei einem Galabiner in Metz eine Rede gehalten, in welcher man sein politisches Programm erblicken kann. Der Fürst sprach Folgendes: „Mein Amtsvorgänger, der verstorbene Feldmarschall Freiherr von Manteuffel, hat einmal gesagt, er begreife, daß man in Elsaß-Lothringen die Zusammengehörigkeit mit Frankreich noch nicht ver-gesse habe, man könne — so lauteten seine Worte — nicht seine Gefühle wechseln wie einen Rock. Das war ein gerechtes und humanes Wort. Ich gehe aber weiter, ich sage, ich begreife, daß die Bewohner dieses Landes, als sie vor zwei Jahrhunderten von Deutschland getrennt und mit Frankreich vereinigt wurden, diese Aenderung nicht allzuschwer empfanden, weil Deutschland damals ein zerrissenes Land war, das weder seine Angehörigen schützen, noch deren Wohlfahrt fördern konnte, während Frankreich nahezu auf der Höhe seiner jetzigen materiellen Entwicklung

stand; da konnte die Trennung von Deutschland leicht verschmerzt werden. Wenn ich aber so der historischen That gerecht werde, darf ich nun auch auf die Gegenwart verweisen. Aus dem machtlosen, zerrissenen Deutschland ist ein mächtiges Reich geworden, und wie die Einigung zur Wiedergewinnung verlorener Landestheile geführt hat, so hat sie uns auch die Macht gegeben, das Wiedergewonnene festzuhalten und die Angehörigen zu schützen, ihnen die Bedingungen geistigen und materiellen Gedeihens zu bieten. Damit schwindet ein Motiv mehr, das die Bewohner des Landes auf Frankreich blicken läßt. So gebe ich mich der Erwartung hin, daß Elsaß-Lothringen mehr und mehr erkennen werde, daß die Trennung von Frankreich kein Unglück, die Wiedervereinigung mit Deutschland die Gewähr für eine glückliche Zukunft ist. In dieser Hoffnung erhebe ich das Glas und trinke auf das Wohl des Landes und der Stadt Metz.“

An die „trojanischen Helden“ richtet der nationalliberale Hannover. Courier in Erinnerung an den Vergleich, den Herr v. Bennigsen in einer Parteireden zwischen diesen und gewissen Parlamentariern zog, eine Mahnung zum Beginn des Reichstags, die auch weiteren Kreisen aus dem Herzen gesprochen sein wird. Er weist darauf hin, wie sehr die Aufgaben des Reichs an Umfang und Bedeutung namentlich auch durch die Colonialpolitik gewonnen haben, und daß die Verathungen des Deutschen Reichs jetzt mehr wie früher unter den Brennpunkt der Kritik des gesammten Europas gerückt sind; dem entsprechend, — meint das Blatt — sollte auch die hierdurch erhöhte Verantwortlichkeit eines jeden Beschlusses, auch jedes gesprochenen Wortes überall an parlamentarischer Stelle ernstlicher Ermägung werth sein. „Dies ist der eine Gesichtspunkt, der uns den Ausspruch des Herrn v. Bennigsen über die Kraftleistungen der modernen trojanischen Helden ins Gedächtniß zurück und in uns den lebhaften Wunsch wachruft, daß jene Verhandlungen, die wir am 3. und 15. December v. J., am 8., 9. und 10. Januar d. J. mit erlebt haben, in der Zukunft einfach nicht mehr möglich sein möchten, wie sie, heute schon, selbst den Augen- und Ohrenzeugen nicht mehr begreiflich erscheinen.“ Die Colonialpolitik müsse ihren bedeutsamen Platz im Rahmen der öffentlichen Interessen behalten, und bis sie zum Abschluß gekommen, dürfe das Parlament nicht den Schauplatz für einseitige Fraktionskämpfe oder einseitige Schlag-gesänge einer undeutsch-kirchlichen Bestrebung abgeben. „Sollte den Reichstag wirklich die Lust anwandeln, sich im zwecklosen, Niemanden überzeugenden, nur die Gegensätze verschärfenden Wortgerassel zu verirren und sich selbst herabzusetzen in der Bedeutung für die Leitung der Reichspolitik, wie in der Werthschätzung des Volkes, dessen Seele er vorzustellen bezweckt? Aber auch nach innen soll sich eine Entwicklung vollziehen, die durch trojanische Kraftleistungen auf unrechte Bahnen getrieben oder gänzlich aufgehalten werden könnte: die Reform der gesammten Parteilungen. Es ist doch kein Zweifel, daß das Morgenroth des nächsten Jahrhunderts diese heutigen Erscheinungen des Parteiwesens nicht mehr zu beleuchten haben wird. Es läßt sich immerhin schon mit einer Zeit rechnen, die sich vielleicht einen Kern der heutigen Parteibestrebungen erhalten, aber ebenso sicher die Formen, in die er sich hüllte, abgestreift hat. Nur die kräftigste Selbstverblendung kann sich einreden, daß die Wirkungen einer, wenn auch noch so großen individuellen Geschicklichkeit, für die Zusammenfassung verwandter, oder auch für die Zusammenfassung verschiedener Interessen länger dauern werden, als das Individuum, von dem die Wirkungen ausgingen. Da unser Parteiwesen von heute sehr vielfach nur solchen eigensüchtigen Zweckveranstaltungen gleichkommt, hingegen weit entfernt ist von der zweckbewußten Unterordnung unter größere, vaterländische Interessen, worauf doch jede Parteibewegung immer wieder zurückkommen muß, während einzelne, freilich mächtige Fraktionsgeister diese noch eifrig zu hemmen bestrebt sind: so ist es die Meinung vieler und guter Bevölkerungskreise, daß die Zeit reif sei, um mit derartigen Geistern endlich einmal abzurechnen. Eben dieselben Bevölkerungskreise werden sich bei der ersten Wahlgelegenheit die Frage nicht nehmen lassen, wie sich die dormaligen Volksvertreter die Zurückdrängung jener Fraktionsgeister, das heißt: der trojanischen Helden, angelegen sein ließen. Zum Dritten aber sollte der Reichstag sich gegenwärtig halten, daß er zwar die Volksseele und ein Stück Zeitgeist repräsentirt, deren Schwir-gungen und Regungen ja nicht durchaus geläuterte zu sein pflegen; daß er aber auch das vornehmste Organ für die männliche Reife und die politische Erziehung des Volkes ist und als solches auch seitens der Gesetzgebung für seine Mitthaten mit Rechtswohlthaten freigebig ausgestattet sein und bleiben will. Damit will sich nur wenig vertragen, wenn er gleichwohl denjenigen Persönlichkeiten weitesten Einfluß auf die Entwicklung seiner Geschäfte gestattet, denen immer nur gelingt, durch abschreckendes Beispiel erzieherisch auf das Volk zu wirken. Der Schluß ist ja nur zu begründet, daß die Betreibung der öffentlichen, insbesondere

Hierzu eine Beilage.

der Wahlangelegenheiten im Volke selbst, hauptsächlich erst durch parlamentarische Vorbilder auf jene Stufe zurückgegangen ist, die mancher gute Patriot nicht mehr betreten mag."

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Der Kaiser war von einer leichten Erkältung mit Heiferkeit heimgefuht, in Folge deren er von der Hofjagd in Baylzingen fern bleiben und das Zimmer hüten mußte. Erfreulicherweise ist er in der Genesung begriffen, kann alle Vorträge entgegennehmen und die Geschäfte der Regierung erledigen, so daß in diesen Tagen die regelmäßigen Spazierfahrten wieder aufgenommen werden dürften.

Der Kronprinz ist mit seiner Familie von Potsdam nach Berlin für den Winter übergesiedelt.

Fürst Bismarck gedenkt Zeitungsnachrichten zu Folge noch im Laufe d. M. von Friedrichsruh nach Berlin zu kommen; über sein Befinden hört man nur Erfreuliches.

Der Bundesrath hielt am Dienstag eine Plenarsitzung ab, in welcher der Reichshaushaltsetat festgestellt wurde. Von dem Militäretat konnten bei dem Titel: Naturalverpflegung auf Grund des niedrigen Standes der Oktoberpreise Abstriche im Betrage von 3,24 Millionen gemacht werden, so daß noch nach einigen weiteren geringen Abstrichen der für die Matricularbeiträge festgesetzte Betrag von 24 960 498 Mark auf 21 573 982 verringert werden konnte. Der gesammte Etat geht dem Reichstag rechtzeitig zu und es dürfte die Generaldebatte bereits Anfang nächster Woche stattfinden.

Abweichend von früherer Gewohnheit wurde der Reichstag am Donnerstag im Reichstagsgebäude eröffnet. Die vom Staatssecretär des Innern, Minister von Bötticher, verlesene Thronrede kündigt außer dem Etat eine Reihe Vorlagen an, welche die Zucker- und Branntweinbesteuerung, die Ausdehnung der Unfallversicherung, den Servistarif und die Klasseneintheilung der Orte, den Nordostkanal und die Gerichtsbarkeit in den deutschen Schutzgebieten betreffen. Auch soll nach der Thronrede dem Reichstage ein neues Weißbuch zugehen. Möchte dieser die ausgesprochene Erwartung einer „schrittweisen Weiterführung des in Angriff genommenen Reformwerkes“ erfüllen und sich nicht von kleinem Partehader und Fraktionsinteressen beherrschen lassen! Die Haltung der Parteipresse läßt freilich in mancher Beziehung nichts Gutes ahnen; so bot in der letzten Woche die Vorlage betr. die Gerichtsbarkeit in den Schutzgebieten, Gelegenheit, die stark particularistischen Tendenzen des Centrums einerseits und das geringe Vertrauen des Freisinn in die Regierung, verbunden mit dem Streben nach Ausdehnung der parlamentarischen Macht andererseits, erkennen zu lassen.

In der bayerischen Abgeordnetenversammlung fanden lebhaft Debatten über einen russisch-bairischen Auslieferungsvertrag statt, der sich in seinen wesentlichen Bestimmungen an den preussisch-russischen Vertrag anschließt. Die liberale Opposition machte, abgesehen von dem Inhalt des Vertrags, geltend, daß die Regelung der auswärtigen Beziehungen Sache des Reichs sei, während Minister v. Crailsheim betonte, daß die Freundschaft des Zaren für Baiern nicht gleichgültig sei und er gern die Gelegenheit ergriffen habe, die Selbstständigkeit Baierns zu zeigen.

Nachdem das Reichsgericht die von dem wegen Ermordung des Polizeiraths Dr. Rumpff verurtheilten Schuhmacher Lieske beantragte Revision verworfen hatte, ist das Todesurtheil in der Strafanstalt zu Wehlheiden bei Kassel an ihm vollstreckt worden.

Aus dem Auslande.

Ueber die auswärtigen Beziehungen Deutschlands giebt uns die Rede, mit welcher der Reichstag eröffnet wurde, die beruhigende Versicherung, daß dieselbe zu allen Regierungen friedliche und freundschaftliche seien; zugleich wird in derselben die zuberfühlliche Hoffnung des Kaisers ausgesprochen, daß auch ferner der europäische Friede erhalten bleiben werde.

Diese günstige Lage der Stellung Deutschlands in dem Herzen Europas erscheint um so bedeutungsvoller, als gegenwärtig auf vier Kriegsschauplätzen gekämpft wird. Die Serben haben am 14. den Bulgaren den Krieg erklärt, am 15. haben die Engländer ihre kriegerischen Operationen gegen Birma — und zwar mit Erfolg — begonnen, in Tonking haben die Franzosen immer noch mit Aufständischen und

Piraten zu kämpfen, und von Madagascar liegen Nachrichten vor, welche allerdings bis zum September zurückreichen, wonach ein Sturmangriff der Franzosen auf die madagassischen Befestigungen mit großen Verlusten für dieselben zurückgeschlagen wurde. Von größerem Interesse sind namentlich die vom serbisch-bulgarischen Kriegsschauplatz vorliegenden Nachrichten, welche ein schnelles siegreiches Vorrücken der Serben auf Sophia melden, wenngleich sie bei Skopje vor Sophia von den Bulgaren eine Schlappe erhalten zu haben scheinen. Der Ausbruch dieses Krieges ist um so überraschender gekommen, als die Mächte auf der Conferenz in Constantinopel in voller Arbeit waren, die bulgarische Union rückgängig zu machen, gegen welche die Serben jetzt mit bewaffneter Hand eingeschritten sind. Die Conferenzarbeiten sind freilich dadurch nicht unterbrochen worden; es ist beschlossen worden, daß die Pforte den Fürsten Alexander zur Räumung Ostrumeliens auffordert und daß die Großmächte diese Aufforderung unterstützen. Angesichts der schwierigen militärischen Lage Bulgariens wird sich diese Räumung von selbst vollziehen. Der von Bulgarien an die Pforte gerichtete Appell zur Hilfe gegen die Serben ist dahin beantwortet worden, daß die Verantwortung für die jetzigen Vorgänge auf die Urheber des Aufstandes in Ostrumelien zurückfalle, daß aber die Pforte Hilfe bringen wolle, wenn Fürst Alexander den status quo ante wiederherstelle. Andererseits haben die Serben mit ihrer Kriegserklärung gegen Bulgarien jede feindliche Absicht gegen die Pforte in Abrede gestellt, was von dieser mit Befriedigung aufgenommen wurde. Vorläufig ist also ein Einschreiten der Pforte nicht zu erwarten. Man wird erst die Entscheidung auf dem Kriegsschauplatz abwarten müssen, bevor sich über die weitere Entwicklung der Dinge auf der Balkanhalbinsel Muthmaßungen anstellen lassen. Griechenland hält sich bis jetzt ruhig, der leitende Minister hat sogar erst jüngst wieder die freundschaftlichen Beziehungen zu der Pforte betont. In den Beziehungen der Großmächte zu einander sind keine Aenderungen eingetreten, sie alle verurtheilen einmüthig das kriegerische Vorgehen Serbiens. Insbesondere wird von verschiedenen Seiten die volle Uebereinstimmung der drei Kaiserreiche und Italiens betont und es scheint, als ob auch Frankreich betreffs der Dinge auf der Balkanhalbinsel sich den Auffassungen derselben über die Nothwendigkeit der Wiederherstellung des status quo anschließt.

Bei Beginn der französischen Kammern schien die Frage der Amnestie wieder eine Ministerkrise hervorzurufen zu wollen, indeß hat das Cabinet vorläufig beschlossen, diese Frage fallen zu lassen, da vor allem erst die Wahl eines Präsidenten der Republik vollzogen werden soll. Dieselbe soll womöglich schon in vierzehn Tage vorgenommen werden und sollen bis dahin alle Meinungsverschiedenheiten möglichst ruhen. Die Wiederwahl Grevy's gilt für sicher. Durch das gegenwärtige Provisorium war auch der möglichst neutrale Inhalt der Erklärung, welche der Conseilpräsident Brisson als Programm der neuen Kammer vorlegte, bedingt. In derselben wird besonders die Nothwendigkeit der Beschaffung neuer Mittel zur Deckung der namentlich durch die militärischen Expeditionen entstandenen Ausgaben betont und die Zumuthung, die Colonialpolitik aufzugeben, zurückgewiesen; ziemlich bestimmt spricht sie sich gegen die namentlich von dem Radicalismus geforderte Trennung der Kirche vom Staate aus.

Das englische Parlament ist durch eine königliche Proclamation aufgelöst, die Einberufung des neu zu wählenden auf den 12. Januar angesetzt worden. Gladstone hat wiederholt Wahlreden gehalten und sich namentlich gegen die ihm zugeschriebene Entstaatlung der Kirche verwahrt, womit er die Chancen des Liberalismus wesentlich verbessert haben dürfte. In einer neuen Rede sprach sich Gladstone über die auswärtige Politik des conservativen Cabinets zustimmend aus.

Die österreichische und ungarische Delegation sind nach Erledigung ihrer Arbeiten geschlossen, die Landtage der einzelnen Kronländer sind für Ende des Monats einberufen worden.

In Rom ist der internationale Congreß für die Reform des Gefängniswesens zusammengetreten, der Wiederzusammentritt der internationalen Sanitätsconferenz aber bis auf Weiteres verschoben worden.

An der afghanisch-turkestanischen Grenze haben die Absteckungsarbeiten der englischen und russischen Regierung ihren Anfang genommen.

Der Führer der letzten Insurrection im Nordwesten von Canada, Louis Niel, ist hingerichtet worden.